



Geschäftsbericht 2023

1. Sozialpolitische Schwerpunkte, Vernehmlassungen und Anhörungen

Die Städteinitiative Sozialpolitik engagierte sich im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband schwerpunktmässig in den folgenden Dossiers:

Armut ist kein Verbrechen: Die parlamentarische Initiative von Samira Marti forderte, dass Personen, die seit mehr als 10 Jahren in der Schweiz leben, keine Ausweisung mehr drohen, wenn sie in einer Notsituation Sozialhilfe beantragen müssen. Die Verschärfung des Ausländers- und Integrationsgesetzes 2019 hatte in zahlreichen Fällen dazu geführt, dass Menschen ohne Schweizer Pass aus Angst vor Ausschaffung nicht wagten, Sozialhilfe zu beanspruchen und damit unter dem Existenzminimum leben. Die Städteinitiative hat sich für die Vorlage engagiert. National- und Ständerat stimmten der parlamentarischen Initiative schliesslich zu, so dass nun eine entsprechende Gesetzesvorlage ausgearbeitet wird.

Politik der frühen Kindheit und Finanzierung der familienergänzenden Betreuung: In der Frühlingssession 2023 beriet der Nationalrat den Gesetzesentwurf für eine stetige Lösung zur Finanzierung der familienexternen Betreuung. Vorgesehen war eine wesentliche Kostenbeteiligung des Bundes und die Unterstützung von Programmvereinbarungen für den Ausbau des Angebots und die Qualitätsentwicklung. Das gemeinsame Engagement von SODK, Gemeinde- und Städteverband zeigte in einem ersten Schritt Erfolg.

Asylpolitik: Staatssekretärin Christine Schraner-Burgener konnte für einen Austausch mit dem Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik gewonnen werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Städte hielten fest, dass sie stets Hand bieten für ein gut funktionierendes Asylwesen mit raschen Verfahren. Gleichzeitig erwarten sie, dass der Bund seine Aufgaben auch bei steigenden Asylgesuchszahlen wahrnimmt und auf vorzeitige Zuweisungen an die Kantone (und damit in einzelnen Kantonen auch an die Städte und Gemeinden) verzichtet.

Pflegefinanzierung: Die Vorlage «Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen» (EFAS) wurde nach 14 Jahren Beratung im Dezember 2023 von der Bundesversammlung verabschiedet. Die Städte haben sich stark gemacht für den Einbezug der Pflegeleistungen, weil nur so Fehlanreize wirklich behoben werden und die Pflegefinanzierung auf eine neue Basis gestellt werden kann.

Ergänzungsleistungen zur AHV, Betreutes Wohnen: Bereits seit Jahren setzt sich die Städteinitiative Sozialpolitik gemeinsam mit dem Städteverband für eine angemessene Finanzierung von Betreuungsleistungen ein, insbesondere beim Wohnen zuhause. 2023 legte der Bund nun seine Gesetzesvorlage vor.

Die Städteinitiative Sozialpolitik brachte sich zudem zuhanden des Städteverbandes in folgenden Vernehmlassungen ein:

- Vernehmlassung Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) Art. 50, Härtefallpraxis bei häuslicher Gewalt.
- Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme, Erleichterung bezüglich Kantonswechsel und Erwerbstätigkeit
- IV Tabellenlöhne



- EL zur AHV: Betreutes Wohnen
- Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE): erweiterte Härtefallregelung für berufliche Ausbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers
- ALV, parl. Initiative Silberschmidt: Unternehmer/innen sollen gegen Arbeitslosigkeit versichert sein

Die Städteinitiative Sozialpolitik stellt mit ihren vielfältigen Aktivitäten, innovativen Projekten und zukunftsfähigen Lösungsansätzen sicher, dass städtische Sozialpolitik dank einer guten Einbettung ins politische und gesellschaftliche Gesamtsystem eine hohe Wirksamkeit erzielt.

2. Vorstand

Am 31. Dezember 2023 setzte sich der Vorstand aus den folgenden sieben Stadträtinnen und Stadträten zusammen:

- Mirjam Ballmer, Fribourg, Grüne, seit 2021
- Nicolas Galladé, Winterthur, Präsident, SP, seit 2010
- Raphael Golta, Zürich, SP, seit 2014
- Sonja Lüthi, St. Gallen, GLP, seit 2018
- Martin Merki, Luzern, FDP, seit 2012
- Émilie Moeschler, Lausanne, Vizepräsidentin, SP, seit 2021
- Franziska Teuscher, Bern, Grüne, seit 2013

Beisitzerinnen und Beisitzer ohne Stimmrecht:

- Franziska Ehrler, Leiterin Gesellschaftspolitik Schweiz. Städteverband
- Thomas Birchler, AG Kennzahlen / Vorsitz AG Leitende Angestellte
- Christine Winkler, Coordination Romandie (bis 31.12.2023)
- Katharina Rüegg, Geschäftsführerin

2023 fanden insgesamt vier Vorstandssitzungen und eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte statt.

In den Sitzungen befasste sich der Vorstand neben den oben erwähnten Schwerpunkten und Vernehmlassungen u.a. mit der Planung der Konferenzen, mit der Vernetzung mit weiteren Organisationen und Gremien, mit der Anfrage zu einem Pilotprojekt bedingungsloses Grundeinkommen, mit der Basishilfe / Grundhilfe (Zürich, Bern, Luzern), mit Fragen der Teuerung und dem Konzept von Energiekostenzulagen sowie mit Solidaritätsbeiträgen im Zusammenhang mit fürsorglichen Zwangsmassnahmen.

Gemeinsam mit dem Ausschuss der AG Leitende Angestellte fand ein Austausch statt über aktuelle Herausforderungen der Sozialhilfe. Nach einer Auslegeordnung wurde intensiv diskutiert, mit dem Ziel, zentrale Themen zu identifizieren und mögliche Handlungsoptionen für die Städteinitiative aufzuzeigen. Zum Schluss standen die Themen Armutsprävention, Veränderung der Klientel (höherer Anteil komplexer Fälle und mehr Personen mit Gesundheitsproblemen) und Integration von Geflüchteten zuoberst auf der Agenda.



3. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle verantwortete die Planung und Kommunikation der Geschäfte, Konferenzen und Mitgliederversammlungen sowie die Erarbeitung von Positionspapieren und Vernehmlassungen. Als Geschäftsführerin amtiert Katharina Rüegg, Winterthur.

Der 2022 lancierte Newsletter für die Mitglieder wurde weitergeführt und erschien 2023 sechsmal.

4. Arbeitsgruppe und Ausschuss Leitende Angestellte

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte (AG LA) trafen sich zu drei Sitzungen, die vor allem dem Erfahrungsaustausch und der Diskussion aktueller Fachthemen gewidmet waren.

An der online-Sitzung vom März standen das nationale Armutsmonitoring und der Umgang mit erhöhten Energiekosten im Fokus. An der Präsenz-Sitzung im Juni war das Schwerpunktthema «Kommunikation mit Klienten und Klientinnen», Beiträge gab es von Guido Witzent, Basel, über das Projekt der einfachen Sprache, von Cristian Camenisch und Eva Bühler, Baden über das Produkt «Bontrebo» und von Anja Buis über das Produkt «Pocketm8». Im November lag der Fokus auf der «Förderung von Grundkompetenzen». An der online-Sitzung gab es wiederum drei Kurzreferate: Die SKOS präsentierte ihre Weiterbildungsoffensive, Myriam Hofmann vom Programm Grundkompetenzen Erwachsene stellte die Lernstufen im Kanton Zürich vor und Emilie Clavel, Biel, stellte ihre Masterarbeit vor, welche Faktoren untersucht, die Entscheidungen von Sozialarbeitenden beeinflussen.

2023 fand kein SKOS-Forum statt. Die gemeinsamen Veranstaltungen von SKOS und AG Leitende Angestellte wurden überarbeitet und starten 2024 mit dem Konzept einer «Gastgeberstadt» neu.

Der Ausschuss der Leitenden Angestellten setzte sich 2023 aus folgenden Personen zusammen: Thomas Birchler, Uster, Vorsitz. Felix Föhn, Luzern, Sandra Walther, Dietikon, Ruedi Illes, Basel, Thomas Michel, Biel und Manfred Dachs, Zürich.

Bis Ende 2023 hat Mirella Wanner, Uster, die AG LA in organisatorischen und administrativen Belangen unterstützt.

5. Sozialhilfe in Schweizer Städten – Kennzahlenbericht

Die Kennzahlen 2022 – präsentiert an einer Medienkonferenz im Oktober 2023 in Bern – zeigten, dass die Zahl der Sozialhilfefälle im Durchschnitt der 14 teilnehmenden Städte gegenüber dem Vorjahr um 2.6 % abgenommen hat. Dazu hat unter anderem die gute Arbeitsmarktlage beigetragen. In 10 von 14 Städten sind die Sozialhilfequoten gesunken oder stabil geblieben, teilweise zum wiederholten Mal. Nur in vier Städten ist die Sozialhilfequote gestiegen.

Der Kennzahlenbericht legte den Fokus auf Geflüchtete in der Sozialhilfe. Die Daten zeigen, dass die Städte überdurchschnittlich viel für die Integration von Geflüchteten leisten: In allen grösseren Städten leben anteilmässig mehr Geflüchtete als im Durchschnitt des jeweiligen



Kantons. Die Sozialhilfe übernimmt vermehrt Integrationsaufgaben im Flüchtlingsbereich. Der Bericht zeigte auch, dass Geflüchtete, die schon länger in der Schweiz leben, häufiger erwerbstätig sind als andere Sozialhilfebeziehende: 36 % der erwachsenen Geflüchteten, die Sozialhilfe beziehen, sind erwerbstätig. Bei den übrigen Sozialhilfebeziehenden sind es 23 %.

Die Berner Fachhochschule, die während vieler Jahre den Kennzahlenbericht verfasst hatte, verzichtete auf eine Weiterführung des Mandats, so dass die Kennzahlengruppe unter der Leitung von Thomas Birchler eine neue Lösung für den Bericht zu den 2023er Zahlen (erscheint 2024) finden musste. Der Standardteil wird neu vom Bundesamt für Statistik verantwortet, das Fokus-Kapitel wird jeweils an eine Forschungsinstitution oder ein Forschungsteam vergeben.

6. Netzwerk Romandie

Christine Winkler, verantwortlich für das Netzwerk Romandie, organisierte gemeinsam mit Sion ein interessantes Vorabendprogramm vor der Herbstkonferenz.

Während mehr als acht Jahre verantwortete Christine Winkler die «coordination romande» der Städteinitiative Sozialpolitik. Als Vorstandsmitglied baute sie Brücken zwischen den Sprachregionen und sorgte stets für eine angemessene Vertretung der Romandie an den Konferenzen der Städteinitiative. Mit Professionalität moderierte sie die Konferenzen in der Romandie und sorgte für das Gelingen zahlreicher geselliger Abendanlässe. Per Januar 2024 wird die Koordination neu von Christelle Joly übernommen.

Das Pilotprojekt zu den Sozialhilfekennzahlen Romandie, das 2019 zusammen mit der Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit, initiiert wurde, wurde 2023 mit den Städten Genf, Lausanne, Biel, La Chaux-de-Fonds, Fribourg, Sion, Neuchâtel, Yverdon-les-Bains und Morges weitergeführt.

Ein Forschungsantrag der HETSL (Haute école de travail social et de la santé Lausanne) zu den Folgen von Corona auf die Sozialpolitik wurde als Teil eines Nationalen Forschungsprogramms bewilligt. Émilie Moeschler wurde ins «Advisory Board» eingeladen und die Städteinitiative Sozialpolitik zur Mitwirkung angefragt.

7. Konferenzen

Die Frühlingskonferenz vom 12. Mai in Aarau fand zum Thema «Bessere Prävention dank Koordination» statt.

In seinem Inputreferat zur kommunalen Prävention ging Prof. Dr. Martin Hafen, Dozent an der Hochschule Luzern, auf die horizontal und vertikal koordinierte Prävention ein. Dabei betonte er die Wichtigkeit der Überwindung des «Gärtchendenkens», der institutionellen Vernetzung (Austausch von Fachwissen und Expertise) und der personenzentrierten Vernetzung, also der Zusammenarbeit zugunsten mehrfach belasteter Personen. Für eine nachhaltige Vernetzung bedürfe es entsprechender Strukturen und Ressourcen sowie einer neutralen Stelle, die das Netzwerkmanagement professionell unterstützt. Im Anschluss an das Referat wurde in Fokusgruppen diskutiert, welche Verantwortung die Stadt in der Prävention übernehmen sollte, welche Ansätze erfolgreich sind und wie sozialpräventive Politik in einer Stadt gestärkt werden kann.



Die Herbstkonferenz vom 15. September 2023 fand unter dem Titel «Migration und berufliche Integration - eine Chance für alle» in Sion statt.

Die beiden Inputreferate von Dr. oec. Simon Wey, Chefökonom beim Schweizerischen Arbeitgeberverband und Nicole Cornu, Zentralsekretärin Bildungspolitik des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, zeigten, dass sich Arbeitgeber und Gewerkschaften in vielen Punkten einig sind. Hindernisse für die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt seien u.a. gesundheitliche Probleme, Arbeitsverbot zu Beginn, fehlende Mobilität sowie die schwierige Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Aufgabe der öffentlichen Hand sei die Förderung von Sprach- und Arbeitskenntnissen. Anschliessend lernten die Teilnehmenden in Fokusgruppen Studien und Projekte verschiedener Städte kennen, die den Zugang von Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt erleichtern und bestehende Lücken schliessen.

Kongress zur urbanen Sicherheit – Drogen: Unmittelbar vor dem öffentlichen Kongress der Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren vom 3. November organisierte die Städteinitiative Sozialpolitik einen kurzen Austausch der Sozialvorstehenden zur aktuellen Drogensituation in den Städten, zu bestehenden Massnahmen und Erfahrungen sowie zu aktuellen Lücken und Problemen. Mehrere Städte berichteten von einer Zunahme von Drogenabhängigen, insbesondere im Zusammenhang mit leicht erhältlichem Crack. Dies stellt verschiedene soziale Angebote zur Schadensminderung (wie Abgabestellen, Konsumräume und Gassenküchen) vor Herausforderungen und kann zu Konflikten im öffentlichen Raum führen.

8. Arbeit in und Zusammenarbeit mit (sozial-)politischen Gremien

Die Städteinitiative ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands. Die Zusammenarbeit ist sehr eng, namentlich in Kontakten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung.

Auch dank der Zusammenarbeit mit weiteren (sozial-)politischen Organisationen konnte die Städteinitiative Sozialpolitik ihre Kernanliegen auf Bundesebene wirkungsvoll vertreten.

In den folgenden Verbänden und Gremien hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz:

- Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen SODK (Vorstand und Beratende Kommission BeKo)
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ (Steuerungsgremium, Entwicklungs- und Koordinationsgremium)
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
- Nationaler Dialog Sozialpolitik
- Charta Sozialhilfe
- Nationale Plattform gegen Armut (Begleitgruppe und Projektgruppen)
- Nationales Armutsmonitoring
- Modernisierung der Schweizerischen Sozialhilfestatistik (Steuergruppe und Arbeitsgruppen)
- Arbeitsgruppe Monitoring Asyl
- Arbeitsgruppe Resettlement
- European Social Network



Eine gute Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik auch mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Arbeitgeberverband.

9. Mitgliederbestand 2023

Total Mitglieder per 31.12.2023:	57
Total Eintritte:	1
Total Austritte:	0

Eintritte: Olten per 1.1.2023
Regensdorf und Vevey per 1. Januar 2024

Allen Personen, die sich in irgendeiner Form für die Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik eingesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Städteinitiative Sozialpolitik
Nicolas Galladé Präsident
Katharina Rüegg, Geschäftsführerin

Winterthur, März 2024